

PETER FRIEDRICH

MINISTER FÜR BUNDESRAT, EUROPA UND INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN

Herrn
Willi Stächele MdL
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

4. November 2014

nachrichtlich

Herrn
Landtagspräsident
Guido Wolf MdL
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Beschlüsse des Oberrheinrates vom 23. Juni 2014

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

für die Übersendung der Beschlüsse des Oberrheinrates vom 23. Juni 2014 danke ich herzlich. Nach Einholung von Stellungnahmen der Fachministerien nehme ich für die Landesregierung zu den Beschlüssen des Oberrheinrates wie folgt Stellung:

1. Beschluss "Bilingualität in Grundschulen"

Die Landesregierung begrüßt die Initiative des Oberrheinrats zur Förderung bilingualer Züge in Grundschulen.

Dem bilingualen Lehren und Lernen wird seitens des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums in jeder Altersstufe ein hoher Stellenwert beigemessen. Die bilinguale Frühförderung beginnt bereits im Kindergarten. Eine frühe Kenntnis

und Bindung an die Sprache und Kultur des Nachbarlandes kann Auswirkungen auf die spätere Berufs- bzw. Studienwahl haben und damit auch der Wissenschaft am Oberrhein zugutekommen.

Im Rahmen der Deutsch-Französischen Agenda 2020 wurden in diesem Jahr einige der deutsch-französischen Kindergärten der Rheinschiene als Elysée-Kindergärten ausgezeichnet. Das unterstreicht das Engagement aller Beteiligten. Die Grundschulen, insbesondere die bilingualen, sehen sich als Bindeglied zwischen bilingualen Kindergärten und weiterführenden Schulen; sie schaffen eine Grundlage für eine durchgängig geprägte bilinguale Bildung und Erziehung für Kinder und Jugendliche.

Erfolgreiche Beispiele wie die Grundschule Rastatt-Ottersdorf zeigen, dass zweisprachige Züge angenommen und gewünscht werden. Ein bilinguales deutsch-französisches Sprachangebot wird vom Kultusministerium weiter unterstützt. Deshalb werden die bilingualen deutsch-französischen Züge als Schulversuche an den entsprechenden bilingualen Grundschulen der Rheinschiene mindestens bis einschließlich Schuljahr 2016/2017 verlängert. Somit haben alle Beteiligten für diesen Zeitraum eine sichere Basis für ihre Planungen.

Das Kultusministerium wird im Rahmen der Schulversuche weitere Erfahrungen sammeln und damit die Entscheidungsbasis für eine mögliche Überführung der bilingualen Züge in einen Regelbetrieb verbreitern. Rechtzeitig vor dem Ablauf der Schulversuche wird über einen möglichen Regelbetrieb der bestehenden bilingualen Züge entschieden werden. Die Grundschulen mit bilingualen deutsch-französischen Zügen haben jedoch auch außerhalb des Schulversuchs die Möglichkeit, ihre bilingualen Angebote durchzuführen.

2. Beschluss „Europäische Krankenversichertenkarte“

Die Landesregierung nimmt den Beschluss des Oberrheinrats zur Europäischen Krankenversichertenkarte wohlwollend zur Kenntnis.

Das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz (ZEV) als binationale Einrichtung für spezifische grenzüberschreitende Fragestellungen und Interessenver-

tretung der Verbraucherinnen und Verbraucher ist nach Auffassung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für die erforderlichen Verhandlungen mit dem französischen Staat sehr gut geeignet. Der Verein ist durch seine in der Satzung festgeschriebenen Aufgaben, wie die Tätigkeit als Beobachtungs- und Verbindungsstelle, die insbesondere auch nationale oder europäische Einrichtungen über Probleme des Binnenmarktes informiert, und durch seinen Sitz in der Region Oberrhein prädestiniert, die Anliegen der Verbraucherinnen und Verbraucher der Grenzregionen auch gegenüber staatlichen Verwaltungen zu vertreten. Die Aufgaben und Leistungen des ZEV sind in der französischen Verwaltung bekannt und anerkannt. Als ein Ergebnis seiner langjährigen Arbeit hat das ZEV zu Beginn dieses Jahres einen Leitfaden für das Oberrheingebiet herausgegeben, der Bürgerinnen und Bürgern eine Hilfestellung in grenzüberschreitenden Angelegenheiten bietet.

Der deutsch-französische Verein fungiert auch als Trägerstruktur verschiedener Aufgaben im öffentlichen Interesse, die der europäische Gesetzgeber den Mitgliedstaaten zugewiesen hat. Hierzu zählen u. a. seit 2005 das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ) Frankreich sowie das EVZ Deutschland und seit 2009 die französische nationale Kontaktstelle für Verbraucherinnen und Verbraucher im Rahmen der Umsetzung der „Dienstleistungsrichtlinie“.

Sollte aus der vom Oberrheinrat angedachten „Verbindungsstelle zur nationalen Verwaltung“ für die Europäische Krankenversichertenkarte eine langfristige Anlaufstelle für Verbraucherinnen und Verbraucher entstehen, wäre das ZEV allerdings auf eine entsprechende finanzielle Ausstattung für diese Aufgabe angewiesen.

3. Beschluss „Jugendarbeit im Bereich des Gedenkens an die Weltkriege“

Die Landesregierung begrüßt das Bestreben des Oberrheinrats, junge Menschen im Oberrheingebiet für das Gedenken an die Weltkriege zu sensibilisieren.

Um das gute Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland auch für zukünftige Generationen zu sichern, erscheint ein gemeinsames Verständnis der geschichtlichen Ereignisse des letzten Jahrhunderts als geboten. Ausgewählte pädagogische Konzepte - ab der Sekundarstufe I - sowie Jugend- und Begegnungsstätten erscheinen deshalb sinnvoll.

Das Kultusministerium fördert Maßnahmen der politischen Bildung und Fahrten zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts. Trägern der außerschulischen Jugendbildung und Schulen können für Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung sowie zu Fahrten an Ziele, die für die politische Bildung bedeutsam sind, Zuschüsse gewährt werden. Das Kultusministerium hat jedoch keinen Einfluss auf die von den Antragstellern gewählte Thematik.

Weiterhin werden jährlich deutsch-französische Schüler- und Jugendbegegnungen durchgeführt. Eine Förderung dieser Begegnungen erfolgt aus Mitteln des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW). Die Förderanträge werden dezentral durch die vier Regierungspräsidien bearbeitet. Die durchführenden Träger legen jeweils die Themen dieser Begegnungen fest, das Kultusministerium hat auch hier keinen Einfluss.

Mit Schreiben vom 28.02.2014 stellte das DFJW, im Rahmen seiner jährlichen Dotation für die Förderung von Schülergruppenaustauschen, dem Land Baden-Württemberg zusätzliche 2.000,00 Euro zur Verfügung für die Förderung von Austauschprojekten, die die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg zum Thema haben. Die Verwaltung dieser Mittel obliegt ebenfalls den Regierungspräsidien, welche die Schulen in Hinblick auf diese gesonderten Fördermittel beraten haben.

Aus Landesmitteln wird zudem der Jugendfonds der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Oberrheinkonferenz bezuschusst. Durch den Jugendfonds können grenzüberschreitende Projekte Jugendlicher gefördert werden. Im Jahr 2014 wurden verschiedene Anträge mit Thematiken in Bezug auf den Ersten Weltkrieg gestellt.

Auch eine finanzielle Unterstützung der Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Albert Schweitzer im elsässischen Niederbronn-les-Bains wird seitens des Landes angestrebt; deren Umsetzung ist im Rahmen der kommenden parlamentarischen Haushaltsberatungen zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

Mr
Peter Friedrich

Peter Friedrich